

Vorläufiger Rechtsschutz im Verwaltungsstreitverfahren

Dombert / Külpmann

8. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-79591-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 12



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorläufiger Rechtsschutz im Verwaltungsstreitverfahren

herausgegeben von

Prof. Dr. Matthias Dombert

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Potsdam
Richter des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg a. D.

Prof. Dr. Christoph Külpmann

Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig

bearbeitet von

Prof. Dr. Matthias Dombert Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht,
Potsdam, Richter des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg a. D.;
Prof. Dr. Klaus Herrmann Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Potsdam;
Prof. Dr. Christoph Külpmann Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht,
Leipzig; *Dr. Christian Maierhöfer* Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts der Freien
Hansestadt Bremen; *Prof. Peter Sperlich* Präsident des Oberverwaltungsgerichts der Freien
Hansestadt Bremen, Präsident des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen

8., völlig neubearbeitete Auflage 2025
des von Prof. Dr. Klaus Finkelnburg begründeten Werkes



C.H. BECK

Zitierweise: Dombert/Külpmann VorlRS/Bearbeiter § ... Rn. ...



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 79591 6

© 2025 C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort der 8. Auflage

„Der Praxis zu dienen“ – dieses Ziel verfolgte *Klaus Finkelnburg*, als er im Jahr 1973 sein Buch über den „Vorläufigen Rechtsschutz im Verwaltungsstreitverfahren“ veröffentlichte. Die vorliegende 8. Auflage bleibt diesem Ziel verpflichtet. Indes zwingen die Fülle des anfallenden Materials, die sich ausdifferenzierende Rechtsprechung und das Entstehen von Sonderprozessrecht etwa im Asylgesetz, im Beamten- oder Planfeststellungsrecht zu einer nach Umfang und Detaillierung weit umfangreicheren Behandlung. Sie ist notwendig, um Rechtsanwältinnen und -anwälte, Behörden und Gerichte zu informieren und Lösungen auch für nur gelegentlich auftretende Fallkonstellationen vorzuschlagen.

Klaus Finkelnburg hat aus Altersgründen an dieser Auflage nicht mehr mitgewirkt. Wir sind dankbar, sein Buch als Mitautoren und Herausgeber weiterführen zu dürfen. Der Autorenkreis ist gewachsen: *Peter Sperlich*, Präsident des Oberverwaltungsgerichts, und *Christian Maierhöfer*, Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts, sind aus der Richterschaft dazu getreten, *Klaus Herrmann* bringt als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht die anwaltliche Perspektive ein. Damit ist das Buch – wie seit der 2. Auflage – weiterhin ein Gemeinschaftswerk von Richtern und Rechtsanwälten. Wir danken den neu hinzu getretenen Autoren für ihren Einsatz und ihre Arbeit!

Die 7. Auflage ist im Jahr 2017 erschienen. Schon damals prägte der Eilrechtsschutz das Geschehen an den Verwaltungsgerichten maßgeblich. Seine Bedeutung wurde allerdings wie unter einem Brennglas deutlich, als in den Jahren 2020 bis 2022 zur Bewältigung der Corona-Pandemie grundrechtsbeschränkende Maßnahmen in einem bis dahin unvorstellbaren Ausmaß getroffen wurden, teils durch Rechtsverordnungen, teils durch Allgemeinverfügungen, teils durch Einzel-Verwaltungsakte. Effektiver Rechtsschutz gegen diese, oft schnell aufeinander folgenden Maßnahmen war nur im Eilrechtsschutz zu erreichen, die Einzelheiten stellt → § 68 dar. Es steht uns nicht an, die Rolle der Verwaltungsgerichte in der Pandemie abschließend zu bewerten. Jedenfalls aber waren Erwartungen an die Verwaltungsgerichte überzogen, diese könnten in einer von großer wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Unsicherheit geprägten Situation klüger oder besser informiert sein als andere staatliche Institutionen: Die Gerichte mussten in gleicher Weise mit Unsicherheiten umgehen und bei der Gewichtung von Gesundheitsschutz und Freiheitsrechten schwierige Entscheidungen treffen.

Die Energiewende, aber auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben die Notwendigkeit verdeutlicht, Planung und Realisierung von Infrastrukturvorhaben zu beschleunigen. Dazu bedarf das materielle Zulassungsrecht Verbesserungen. Der Gesetzgeber hat aber auch im Prozessrecht Änderungsbedarf erkannt. Dies betrifft insbesondere Regelungen im Planfeststellungsrecht, etwa Antrags- und Begründungsfristen im Eilverfahren, die verstreut in das Fachplanungsrecht (→ § 63 Rn. 1 ff.) aufgenommen worden sind. Die Beschleunigungsgesetzgebung hat vor der Verwaltungsgerichtsordnung aber nicht halt gemacht: § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3a VwGO lässt nunmehr die aufschiebende Wirkung insbesondere für Klagen gegen Planungen der Bundesverkehrswege entfallen (→ § 35) und § 80c VwGO verändert für einen – eher kleinen, aber praktisch bedeutsamen Anwendungsbereich – die Entscheidungsmaßstäbe für die gerichtliche Eilentscheidung (→ § 63 Rn. 14 ff.). Große Hoffnungen sollte man an diese Regelungen nicht knüpfen: An den zentralen Ursachen für lange Planungsverfahren, insbesondere überkomplexe

rechtliche Anforderungen, unzureichende Personalausstattung und mangelnde Standardisierung, werden sie nichts ändern.

Im Juni 2024 hat das Bundesjustizministerium ein Eckpunktepapier für eine Novelle vorgelegt (s. https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/Eckpunkte/Eckpunkte_VwGO_Novelle_II.html). Das Vorhaben wird nach dem Ende der Ampel-Regierung im November 2024 nicht mehr verwirklicht werden. Ob eine neue Bundesregierung diese Ideen erneut aufgreift, ist offen. Einige Reformvorschläge für das gerichtliche Eilverfahren verdienen jedenfalls Unterstützung: Weil das Bundesverwaltungsgericht in Eilverfahren nicht vereinheitlichend wirken kann, können Auffassungsunterschiede zwischen den Oberverwaltungsgerichten teils über Jahrzehnte bestehen bleiben. Aus Sicht der überregional tätigen Anwaltschaft ist das ein Ärgernis: Es war daher zu begrüßen, dass das Eckpunktepapier zwar keine grundstürzenden Änderungen, wohl aber Begrädigungen und Klarstellungen vorgeschlagen hat. So hätte der Gesetzgeber etwa die Voraussetzungen und die Beschwerdefähigkeit von Hängebeschlüssen (→ § 41 Rn. 24, → § 51 Rn. 10) ebenso regeln können wie die Frage, ob es im nachbarrechtlichen Eilrechtsschutz eines vorhergehenden Antrags bei der Behörde bedarf (→ § 47 Rn. 9). Ganz im Sinne *Klaus Finkelburgs* wären solche Änderungen geeignet, „der Praxis zu dienen“.

Potsdam/Leipzig, November 2024

Matthias Dombert

Christoph Külpmann



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

<i>Prof. Dr. Matthias Dombert:</i>	§§ 1–27, 59, 64, 68
<i>Prof. Dr. Klaus Herrmann:</i>	§§ 28–34, 46, 65, 66
<i>Prof. Dr. Christoph Külpmann:</i>	§§ 35–45, 47–50, 62, 63
<i>Dr. Christian Maierhöfer:</i>	§§ 60, 61
<i>Prof. Peter Sperlich:</i>	§§ 51–58, 67



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort der 8. Auflage	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Abgekürzt zitiertes Schrifttum	XXXVII

Erster Teil: Das System des vorläufigen Rechtsschutzes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

§ 1 Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des vorläufigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1
§ 2 Das System des vorläufigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	4

Zweiter Teil: Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO

A. Allgemeines	7
§ 3 Vorbemerkung	7
§ 4 Grundsätzliches zu § 123 VwGO	8
B. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen des Anordnungsverfahrens	10
§ 5 Allgemeines	10
§ 6 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	11
§ 7 Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	16
§ 8 Die Statthaftigkeit des Anordnungsverfahrens	20
§ 9 Anforderungen an den Anordnungsantrag	27
§ 10 Die Antragsbefugnis	27
§ 11 Das Fehlen von Verfahrenshindernissen	29
§ 12 Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis	33
§ 13 Sonstige besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	41
C. Die materiellen Voraussetzungen und der Inhalt der einstweiligen Anordnung	42
§ 14 Das Verhältnis der beiden Anordnungsformen zueinander	43
§ 15 Die Regelungsanordnung nach § 123 Abs. 1 S. 2 VwGO	44
§ 16 Die Sicherungsanordnung nach § 123 Abs. 1 S. 1 VwGO	61
§ 17 Die Vorwegnahme der Hauptsache	72
§ 18 Der Inhalt der einstweiligen Anordnung	91
D. Das gerichtliche Verfahren im ersten Rechtszug	101
§ 19 Grundlagen	101
§ 20 Die Einleitung des Verfahrens	105
§ 21 Der Ablauf des Verfahrens	111
§ 22 Prüfungs- und Beurteilungsgrundsätze	121
§ 23 Der Abschluss des Verfahrens durch Sachentscheidung	131
§ 24 Der Abschluss des Verfahrens ohne Sachentscheidung	137
E. Kosten, Vollziehung, Folgenbeseitigung	143
§ 25 Die Kosten des Anordnungsverfahrens	143
§ 26 Die Vollziehung der einstweiligen Anordnung	147
§ 27 Erstattungs- und Ersatzansprüche	153

Dritter Teil: Die aufschiebende Wirkung

A. Die aufschiebende Wirkung im System des vorläufigen Rechtsschutzes	160
§ 28 Funktion und Begriff der aufschiebenden Wirkung	160
§ 29 Die Rechtsbehelfe mit aufschiebender Wirkung	170
§ 30 Beginn und Ende der aufschiebenden Wirkung	176
B. Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch § 80 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3a VwGO	184
§ 31 Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei der Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO)	185
§ 32 Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei unaufschiebbaren vollzugspolizeilichen Maßnahmen (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 VwGO)	193
§ 33 Bundesgesetzlicher Ausschluss der aufschiebenden Wirkung (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 1 VwGO)	196
§ 34 Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch Landesgesetz (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 2 VwGO)	202
§ 35 Der Entfall der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3a VwGO im Bereich der Bundesverkehrswege und Mobilfunknetze	205
C. Befugnisse der Behörde	207
§ 36 Anordnung der sofortigen Vollziehung im öffentlichen Interesse	207
§ 37 Anordnung der sofortigen Vollziehung im Interesse eines Beteiligten	224
§ 38 Aussetzung der Vollziehung bei einseitig belastenden Verwaltungsakten	230
§ 39 Aussetzung der Vollziehung bei Verwaltungsakten mit belastender Doppelwirkung ..	235
D. Der gerichtliche Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO	238
§ 40 Zulässigkeit des Antrags	239
§ 41 Der Ablauf des Verfahrens	254
§ 42 Herstellung der aufschiebenden Wirkung bei zweiseitigen Rechtsverhältnissen	266
§ 43 Aufhebung der Vollziehung	291
§ 44 Aufhebung der formell fehlerhaften Vollzugsanordnung	294
§ 45 Feststellung der aufschiebenden Wirkung	297
§ 46 Gerichtlich angeordnete Fortdauer der aufschiebenden Wirkung	301
§ 47 Herstellung der aufschiebenden Wirkung bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung ..	305
§ 48 Gerichtliche Anordnung der sofortigen Vollziehung	315
§ 49 Sachentscheidung, Kosten und Prozesskostenhilfe	319
§ 50 Erstattungs- und Ersatzansprüche	325

Vierter Teil: Beschwerde und andere Rechtsbehelfe

A. Die Beschwerde	329
§ 51 Die Zulässigkeit der Beschwerde	329
§ 52 Das gerichtliche Verfahren	343
§ 53 Die Entscheidung des Beschwerdegerichts	346
B. Das Abänderungs- und Aufhebungsverfahren	355
§ 54 Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO	355
§ 55 Anordnung der Klageerhebung	368
C. Außerordentliche Rechtsbehelfe	371
§ 56 Die Anhörungsrüge	371
§ 57 Die Gegenvorstellung	372
§ 58 Verfassungsbeschwerde und Eilantrag nach § 32 BVerfGG	374

Fünfter Teil: Eilrechtsschutz im Normenkontrollverfahren

§ 59 Die einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren	379
--	-----

Sechster Teil: Der Eilrechtsschutz in der praktischen Anwendung

§ 60 Aufenthaltsrecht	405
§ 61 Asylrecht	422
§ 62 Baurecht	434
§ 63 Planfeststellungsrecht und Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz	449
§ 64 Umweltrecht	462
§ 65 Beamtenrecht	476
§ 66 Bildungsrecht	522
§ 67 Versammlungsrecht	564
§ 68 Sicherheits- und Ordnungsrecht	579
Sachverzeichnis	589





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Das System des vorläufigen Rechtsschutzes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

§ 1 Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des vorläufigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1
I. Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG als verfassungsrechtliche Grundlage des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1
II. Der vorläufige verwaltungsgerichtliche Rechtsschutz als Ausfluss von Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG	2
§ 2 Das System des vorläufigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	4
I. Der vorläufige verwaltungsgerichtliche Rechtsschutz vor Erlass der VwGO	4
II. Der vorläufige verwaltungsgerichtliche Rechtsschutz der VwGO im Überblick ...	5

Zweiter Teil: Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO

A. Allgemeines	7
§ 3 Vorbemerkung	7
§ 4 Grundsätzliches zu § 123 VwGO	8
I. Regelungsanlass und Regelungsinhalt	8
II. Zum Aufbau des § 123 VwGO	9
B. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen des Anordnungsverfahrens	10
§ 5 Allgemeines	10
I. Unterscheidung zwischen Zulässigkeit und Begründetheit des Anordnungsantrags	10
II. Die einzelnen Zulässigkeitsvoraussetzungen	10
§ 6 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	11
I. Erfordernis des Verwaltungsrechtsweges	11
II. Zur Bestimmung des Verwaltungsrechtsweges	12
1. § 40 VwGO	12
2. Der Begriff der Hauptsache	13
3. Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges vor und nach Rechtshängigkeit der Hauptsache	13
III. Ausschluss des Verwaltungsrechtsweges	14
1. Ausschluss durch Gesetz	14
2. Ausschluss durch Vereinbarung	14
IV. Zuweisung des Verwaltungsrechtsweges durch bindende Verweisung	15
V. Notkompetenz	15
VI. Fortdauer der Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	16
§ 7 Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	16
I. Zuständigkeit vor Rechtshängigkeit der Hauptsache	16
1. Sachliche Zuständigkeit	16
2. Örtliche Zuständigkeit	17
II. Zuständigkeit nach Rechtshängigkeit der Hauptsache	17
1. Allgemeines	17
2. Zuständigkeit des VG	17
3. Zuständigkeit des OVG	18
4. Keine Zuständigkeit des Revisionsgerichts	18
5. Zuständigkeit bei Zwischen- und Teilurteilen	19
6. Notkompetenz	19
III. Fortdauer der Zuständigkeit	19

§ 8 Die Statthafteigkeit des Anordnungsverfahrens	20
I. Abgrenzung zu den anderen Rechtsschutzformen	20
1. Vorrang des § 47 Abs. 6 VwGO	21
2. Ausschluss der einstweiligen Anordnung im Falle des § 44a VwGO	22
II. Ergänzung des Aussetzungsverfahrens	23
1. Vorausgehender Rechtsschutz	23
2. Nachfolgender Rechtsschutz	24
3. Kumulativer Rechtsschutz	25
§ 9 Anforderungen an den Anordnungsantrag	27
I. Antragsfordernis	27
II. Form und Inhalt des Antrags	27
§ 10 Die Antragsbefugnis	27
§ 11 Das Fehlen von Verfahrenshindernissen	29
I. Keine anderweitige Rechtshängigkeit	29
II. Keine vorgängige rechtskräftige Entscheidung	30
1. Materielle Rechtskraft im Anordnungsverfahren	30
2. Zulässigkeit eines Zweitanspruchs	30
§ 12 Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis	33
I. Verfügbarkeit geeigneter Rechtsschutzmöglichkeiten	34
1. Vorliegen eines gerichtlichen Titels	34
2. Voregreiflichkeit anderer Rechtsschutzmöglichkeiten	35
3. Voregreiflichkeit des Vorgehens im Verwaltungsverfahren	36
II. Entbehrlichkeit des vorläufigen Rechtsschutzes	37
1. Fehlendes Sicherungsbedürfnis	37
2. Unzulässige Rechtsausübung	38
3. Geringfügigkeit, Nutzlosigkeit oder Mutwilligkeit des Antragsbegehrens	39
III. Besonderes Rechtsschutzbedürfnis bei vorbeugendem Rechtsschutz	39
§ 13 Sonstige besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	41
I. Glaubhaftmachung	41
II. Anordnungsgrund	41
III. Vorwegnahme der Hauptsache	42
C. Die materiellen Voraussetzungen und der Inhalt der einstweiligen Anordnung	42
§ 14 Das Verhältnis der beiden Anordnungsformen zueinander	43
I. Abgrenzung	43
II. Rangverhältnis	44
§ 15 Die Regelungsanordnung nach § 123 Abs. 1 S. 2 VwGO	44
I. Regelungsanspruch und Regelungsgrund als Entscheidungsvoraussetzung	45
1. Regelungsanspruch	47
2. Regelungsgrund	50
3. Zum Zusammenhang zwischen Regelungsanspruch und Regelungsgrund	54
II. Interessenabwägung als Entscheidungskriterium	55
1. Interessenabwägung bei offener Hauptsachelage	56
2. Abwägung aufgrund Komplexität	56
3. Interessenabwägung wegen qualifizierter Beeinträchtigung hochrangiger Rechtsgüter	56
4. Interessenabwägung bei nicht eindeutiger Hauptsachelage	57
5. Keine Abwägung bei negativer Erfolgsprognose	57
III. Rechtsentscheidung	58
IV. Zulässige Regelung	58
1. Befristungen	60
2. Anordnung vorläufiger Verwaltungsakte	60
3. Tenorierung vorläufiger Feststellung	61
§ 16 Die Sicherungsanordnung nach § 123 Abs. 1 S. 1 VwGO	61
I. Abgrenzung zu anderen Formen einstweiligen Rechtsschutzes	61
II. Die materiellen Voraussetzungen der Sicherungsanordnung	63
1. Sicherungsanspruch	64
2. Sicherungsgrund	66

III. Zulässige Sicherungen	71
IV. Rechtsentscheidung	71
§ 17 Die Vorwegnahme der Hauptsache	72
I. Begriff der Vorwegnahme	72
1. Endgültige Vorwegnahme	73
2. Vorläufige Vorwegnahme	75
3. Faktische Vorwegnahme	76
II. Zur Zulässigkeit der Vorwegnahme	77
1. Die Begründung der Verwaltungsgerichte für ein Vorwegnahmeverbot	77
2. Die Rechtsprechung des BVerfG	78
3. Die Kritik der Literatur	79
III. Die Durchbrechung des Vorwegnahmeverbotes bei der Regelungsanordnung	80
1. Vorausbeurteilung der Hauptsache	80
2. Folgenabwägung	86
3. Interessenabwägung	86
IV. Die Voraussetzungen für die Vorwegnahme der Hauptsache bei der Sicherungsanordnung	88
V. Am Beispiel des Anspruches auf Neubeseidung: Die Überschreitung der Hauptsache	88
1. Bisheriger Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	89
2. Aktuelle Tendenzen in der Rechtsprechung	89
§ 18 Der Inhalt der einstweiligen Anordnung	91
I. Auswahlermessen des Gerichts	91
II. Entscheidungsinhalte	92
1. Gerichtliche Gestaltungsmöglichkeiten	92
2. Nebenbestimmungen	94
III. Grenzen der Gestaltung	96
1. Begrenzung durch das Antragsbegehren	96
2. Begrenzung durch das Klagebegehren	97
3. Begrenzung durch den Normzweck	97
4. Begrenzung durch das materielle Recht	98
5. Begrenzung auf das Erforderliche	99
6. Begrenzung auf die Hauptbeteiligten	100
7. Begrenzung auf Verpflichtungen der Verwaltung	100
D. Das gerichtliche Verfahren im ersten Rechtszug	101
§ 19 Grundlagen	101
I. Rechtsnatur des Anordnungsverfahrens	101
1. Selbstständigkeit des Verfahrens	101
2. Gegenstand des Verfahrens	102
II. Anwendbare Verfahrensvorschriften	103
III. Verfahrensbeteiligte	103
1. Antragsteller, Antragsgegner	103
2. Beigeladene	103
3. Vertretung der Beteiligten	104
§ 20 Die Einleitung des Verfahrens	105
I. Adressat des Antrags	105
II. Form des Antrags	106
III. Inhalt des Antrags	106
1. Angabe der Verfahrensbeteiligten und des Verfahrensgegenstands	106
2. Fassung des Antrags	107
3. Begründung des Antrags	109
4. Nachbesserung eines ergänzungsbedürftigen Antrags	109
IV. Zeitpunkt der Antragstellung	110
V. Rechtswirkungen der Antragstellung	110
1. Rechtshängigkeit des Anordnungsverfahrens	110
2. Keine Rechtshängigkeit des Hauptsacheverfahrens	111

§ 21 Der Ablauf des Verfahrens	111
I. Zuständigkeit des Vorsitzenden oder des Berichterstatters	112
II. Befugnisse des Vorsitzenden und des Berichterstatters	113
III. Freigestellte mündliche Verhandlung	114
IV. Gewährung rechtlichen Gehörs	114
V. Zwischenentscheidungen	116
1. Vorläufige Regelungen aufgrund von Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG	116
2. Aussetzung des Verfahrens	118
3. Ruhen des Verfahrens	121
§ 22 Prüfungs- und Beurteilungsgrundsätze	121
I. Summarische Prüfung	122
II. Tatsachenfeststellung	124
1. Beweiserleichterung durch Glaubhaftmachung	124
2. Glaubhaftmachung und Untersuchungsgrundsatz (§ 86 VwGO)	125
3. Umfang der Glaubhaftmachung	127
4. Mittel der Glaubhaftmachung	127
5. Beweislast	129
III. Rechtliche Beurteilung	130
IV. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	130
1. Anordnungsanspruch	130
2. Anordnungsgrund	130
§ 23 Der Abschluss des Verfahrens durch Sachentscheidung	131
I. Zuständigkeit im Spruchkörper	131
1. Zuständigkeit der Kammer	131
2. Eilzuständigkeit des Vorsitzenden	131
3. Zuständigkeit des Einzelrichters	132
II. Form der Entscheidung	132
III. Inhalt der Entscheidung	133
1. Erfolgsloser Antrag	133
2. Erfolgreicher Antrag	134
IV. Nebenentscheidungen	134
1. Kosten	134
2. Streitwert	135
V. Bekanntgabe der Entscheidung	136
VI. Rechtswirkungen der Entscheidung	136
VII. Geltungsdauer der Entscheidung	137
§ 24 Der Abschluss des Verfahrens ohne Sachentscheidung	137
I. Erledigung der Hauptsache	138
1. Beiderseitige Erledigungserklärungen	138
2. Einseitige Erledigungserklärung	138
3. Eintritt der Erledigung	139
4. Kein Fortsetzungsfeststellungsantrag	140
II. Rücknahme des Antrags	141
III. Verzicht, Anerkenntnis	141
1. Verzicht	141
2. Anerkenntnis	142
IV. Vergleich	142
E. Kosten, Vollziehung, Folgenbeseitigung	143
§ 25 Die Kosten des Anordnungsverfahrens	143
I. Erstattungsfähige Kosten	143
II. Streitwertbemessung	143
III. Prozesskostenhilfe	145
1. Bewilligung durch das erstinstanzliche Gericht	145
2. Bewilligung durch das Rechtsmittelgericht	146
§ 26 Die Vollziehung der einstweiligen Anordnung	147
I. Die einstweilige Anordnung als Vollstreckungstitel	147
II. Die Vollziehungsfrist nach § 929 Abs. 2 ZPO	147

III. Die Vollstreckung als Mittel der Vollziehung	149
1. Vollstreckung zugunsten der öffentlichen Hand	149
2. Vollstreckung gegen die öffentliche Hand	150
§ 27 Erstattungs- und Ersatzansprüche	153
I. Erstattungsansprüche	153
II. Schadensersatzansprüche	153
1. Schadensersatzpflicht bei ungerechtfertigter einstweiliger Anordnung	154
2. Schadensersatzpflicht bei Aufhebung nach § 926 Abs. 2 ZPO	155
3. Inhalt der Schadensersatzpflicht	155
III. Anspruchskonkurrenz	157
IV. Prozessuale Geltendmachung	157
V. Praktische Bedeutung	158

Dritter Teil: Die aufschiebende Wirkung

A. Die aufschiebende Wirkung im System des vorläufigen Rechtsschutzes	160
§ 28 Funktion und Begriff der aufschiebenden Wirkung	160
I. Rechtsschutz vor dem Verwaltungsakt durch aufschiebende Wirkung	160
1. Der Verwaltungsakt und seine Wirksamkeit	160
2. Die aufschiebende Wirkung als Instrument vorläufiger Rechtsschutzgewährung	161
II. Begriff und Bedeutung der aufschiebenden Wirkung	162
1. Die aufschiebende Wirkung als Hemmung der Vollziehung	163
2. Der Begriff der „Vollziehung“ in § 80 VwGO	164
III. Die Bedeutung der aufschiebenden Wirkung bei den verschiedenen Arten von Verwaltungsakten	164
1. Die aufschiebende Wirkung beim belastenden Verwaltungsakt	164
2. Die aufschiebende Wirkung beim rechtsgestaltenden Verwaltungsakt	167
3. Die aufschiebende Wirkung beim feststellenden Verwaltungsakt	168
4. Die aufschiebende Wirkung beim Verwaltungsakt mit Doppelwirkung	168
§ 29 Die Rechtsbehelfe mit aufschiebender Wirkung	170
I. Die Anfechtungsklage	170
1. Unmittelbare oder latente aufschiebende Wirkung der Anfechtungsklage	170
2. Gegenstand der Anfechtungsklage	171
3. Die Anfechtung von Ablehnungsbescheiden	172
4. Anfechtung bei angemaßter Rechtsposition	173
II. Die Aufsichtsklage	173
III. Die Verbandsklage	173
IV. Widerspruch	174
V. Aufschiebende Wirkung bei unzulässigem Rechtsbehelf?	174
VI. Klärung der aufschiebenden Wirkung durch das Gericht	176
§ 30 Beginn und Ende der aufschiebenden Wirkung	176
I. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung	177
1. Die selbstbewirkte Herbeiführung der aufschiebenden Wirkung	177
2. Herbeiführung der aufschiebenden Wirkung durch das Gericht	177
3. Der Begünstigte der aufschiebenden Wirkung	178
4. Rückwirkender Eintritt der aufschiebenden Wirkung	179
II. Das Ende der aufschiebenden Wirkung	180
1. Ende der aufschiebenden Wirkung durch Eintritt der Unanfechtbarkeit des Verwaltungsakts	180
2. Ende der aufschiebenden Wirkung durch behördliche Entscheidung	181
3. Ende der aufschiebenden Wirkung durch gerichtliche Entscheidung	181
4. Kein Ende der aufschiebenden Wirkung während des erfolgreichen Rechtsmittelverfahrens	182
5. Ende der aufschiebenden Wirkung durch Zeitablauf nach erfolglosem Klageverfahren	182

B. Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch § 80 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3a VwGO ..	184
§ 31 Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei der Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO)	185
I. Die Anforderung öffentlicher Abgaben	185
1. Geldleistungen mit Finanzierungsfunktion	186
2. Abgaben, die nicht unter § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO fallen	189
3. Die Anforderung öffentlicher Abgaben	190
II. Kosten	190
1. Begriff der öffentlichen Kosten	190
2. Anfordern	192
§ 32 Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei unaufschiebbaren vollzugspolizeilichen Maßnahmen (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 VwGO)	193
I. Unaufschiebbare vollzugspolizeiliche Anordnungen oder Maßnahmen	194
1. Vollzugspolizeilicher Verwaltungsakt	194
2. Unaufschiebbarkeit	194
II. Entsprechende Anwendung des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 VwGO auf Verkehrszeichen	195
§ 33 Bundesgesetzlicher Ausschluss der aufschiebenden Wirkung (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 1 VwGO)	196
I. Bedeutung und Grenzen eines bundesgesetzlichen Ausschlusses der aufschiebenden Wirkung	196
1. Nur deklaratorische Bedeutung für die Bundesgesetzgebung	196
2. Ausschluss durch förmliches und ausdrückliches Gesetz	196
3. Der vorläufige Rechtsschutz in den Fällen des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 VwGO	197
II. Beispiele für den Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch Bundesgesetz	197
1. Bau- und Raumordnungsrecht	197
2. Fachplanungsrecht	198
3. Gesetze der Gefahrenabwehr	199
4. Gesetze auf dem Gebiet der Wirtschaft	200
5. Öffentliches Dienstrecht	200
6. Ausländer- und Asylrecht	201
7. Sonstige Gesetze	201
§ 34 Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch Landesgesetz (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 2 VwGO)	202
I. § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 2 VwGO als Kompetenznorm für den Landesgesetzgeber	202
II. Der landesrechtliche Ausschluss der aufschiebenden Wirkung	203
III. Rechtsschutz bei landesgesetzlichem Ausschluss der aufschiebenden Wirkung	205
§ 35 Der Entfall der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3a VwGO im Bereich der Bundesverkehrswege und Mobilfunknetze	205
1. Bundesverkehrswege	206
2. Mobilfunknetze	207
C. Befugnisse der Behörde	207
§ 36 Anordnung der sofortigen Vollziehung im öffentlichen Interesse	207
I. Funktion und Bedeutung	207
II. Zuständigkeit	208
III. Zeitpunkt	209
IV. Verfahren	209
V. Form	210
1. Besondere Anordnung	210
2. Keine Schriftform	211
3. Rechtsbehelfsbelehrung	211
VI. Begründung	211
1. Zweck der Begründungspflicht	211
2. Formelle Anforderungen	212
3. Inhaltliche Anforderungen	212
4. Die Folgen unzureichender Begründung	214
5. Keine Begründungspflicht bei Notstandsmaßnahmen	215

VII. Besonderes Vollzugsinteresse	215
1. Der Begriff des besonderen öffentlichen Vollzugsinteresses	216
2. Beispiele überwiegenden öffentlichen Vollzugsinteresses	217
VIII. Regelungsumfang	222
1. Sachliche Reichweite	222
2. Persönliche Reichweite	223
IX. Wirkung	223
1. Materielle Wirkungen	223
2. Eintritt und Dauer	224
§ 37 Anordnung der sofortigen Vollziehung im Interesse eines Beteiligten	224
I. Funktion und Bedeutung	224
II. Formelle Rechtmäßigkeit	226
1. Zuständigkeit	226
2. Zeitpunkt	226
3. Verfahren	226
4. Form	227
5. Begründung	227
III. Entscheidungsmaßstab	227
1. Begünstigender Verwaltungsakt mit drittbelastender Doppelwirkung	228
2. Belastender Verwaltungsakt mit drittbegünstigender Doppelwirkung	229
IV. Inhalt	229
1. Hauptsache	229
2. Nebenbestimmungen	230
§ 38 Aussetzung der Vollziehung bei einseitig belastenden Verwaltungsakten	230
I. Funktion und Bedeutung	230
II. Formelle Rechtmäßigkeit	231
1. Zuständigkeit	231
2. Zeitpunkt	231
3. Verfahren	232
III. Maßstab der behördlichen Entscheidung	232
1. Kein Ausschluss der Aussetzungsbefugnis	232
2. Verwaltungsakte zur Anforderung öffentlicher Abgaben oder Kosten	232
3. Verwaltungsakte nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 bis 3a oder S. 2	233
4. Verwaltungsakte, deren sofortige Vollziehung angeordnet ist	234
5. Faktische Vollziehung	234
IV. Inhalt und Wirkung	235
§ 39 Aussetzung der Vollziehung bei Verwaltungsakten mit belastender Doppelwirkung	235
I. Funktion und Bedeutung	235
II. Zuständigkeit	236
III. Verfahren	236
1. Antrag	236
2. Anhörung und Zeitpunkt	236
IV. Maßstab der behördlichen Aussetzungsentscheidung	236
V. Inhalt und Wirkung	237
1. Aussetzung der Vollziehung nach § 80a Abs. 1 S. 2 VwGO	237
2. Sicherungsmaßnahmen	237
D. Der gerichtliche Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO	238
§ 40 Zulässigkeit des Antrags	239
I. Die Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs	240
II. Zuständigkeit des Gerichts der Hauptsache	241
1. Gericht der Hauptsache vor Klageerhebung	241
2. Gericht der Hauptsache nach Klageerhebung	242
3. Gericht der Hauptsache bei Massenverfahren	243
4. Zwischen- und Teilentscheidungen	243
III. Die innergerichtliche Zuständigkeit	243
1. Zuständigkeit und Besetzung des Spruchkörpers	243

	2. Zuständigkeit des Vorsitzenden oder Berichterstatters	244
	3. Eilzuständigkeit des Vorsitzenden nach § 80 Abs. 8 VwGO	244
	IV. Statthaftigkeit	245
	V. Antragsbefugnis	245
	VI. Einleitung des Verfahrens	246
	1. Form des Antrags	246
	2. Inhalt des Antrags	247
	3. Antragsfrist	248
	4. Begründungsobliegenheiten	249
	VII. Rechtsschutzbedürfnis	250
	1. Abwehr der Vollziehung	250
	2. Verwirkung	251
	VIII. Vorherige Antragstellung bei der Behörde	252
	1. Anforderung öffentlicher Abgaben und Kosten	252
	2. In den Fällen des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 bis 4 und S. 2	254
	IX. Anderweitige Anhängigkeit	254
§ 41	Der Ablauf des Verfahrens	254
	I. Die Beteiligten des Verfahrens	255
	1. Antragsgegner	255
	2. Beiladung	255
	II. Keine vorläufige Festsetzung des Streitwerts	256
	III. Mündliche Verhandlung	256
	IV. Rechtliches Gehör und Akteneinsichtsrecht	257
	1. Rechtliches Gehör	257
	2. Akteneinsichtsrecht	258
	V. Tatsachenermittlung und Beweis	258
	1. Amtsermittlung	258
	2. Beweisaufnahme	259
	3. Glaubhaftmachung	259
	VI. Zwischenentscheidung („Hängebeschluss“)	260
	VII. Aussetzung des Verfahrens	261
	1. Vorgeiflichkeit eines anderen Verfahrens (§ 94 VwGO)	261
	2. Vorlage nach Art. 100 Abs. 1 GG	261
	3. Vorlage nach Art. 267 AEUV	262
	VIII. Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung	263
	1. Rücknahme des Antrages	263
	2. Erledigung des Verfahrens	264
	3. Vergleich	266
§ 42	Herstellung der aufschiebenden Wirkung bei zweiseitigen Rechtsverhältnissen	266
	I. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	266
	1. Statthaftigkeit	266
	2. Zeitpunkt der Antragstellung	269
	II. Entscheidungsmaßstab	271
	1. Entscheidungszeitpunkt	271
	2. Vorläufiger Charakter	273
	3. Materieller Entscheidungsmaßstab	275
	III. Die gerichtliche Entscheidung	286
	1. Tenor	286
	2. Aufhebung der Vollziehung	286
	3. Auflagen und andere Nebenbestimmungen	286
	IV. Wirkung der gerichtlichen Entscheidung	289
	1. Gestaltungswirkung	289
	2. Vollstreckbarkeit	290
	3. Verbot erneuter Vollzugsanordnung	290
§ 43	Aufhebung der Vollziehung	291
	I. Funktion und Bedeutung	291
	II. Statthaftigkeit	292
	III. Maßstab und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	293
	1. Entscheidungsmaßstab	293

2. Der Begriff der Aufhebung der Vollziehung	294
3. Durchsetzung einer Anordnung nach § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO	294
§ 44 Aufhebung der formell fehlerhaften Vollzugsanordnung	294
I. Funktion und Bedeutung	295
II. Zulässigkeit	296
III. Maßstab und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	296
IV. Wirkung der gerichtlichen Entscheidung	296
§ 45 Feststellung der aufschiebenden Wirkung	297
I. Funktion und Bedeutung	297
II. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	299
1. Statthaftigkeit	299
2. Rechtsschutzbedürfnis	300
III. Maßstab und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	300
1. Feststellung der aufschiebenden Wirkung	300
2. Aufhebung der Vollziehung	301
IV. Wirkung der Entscheidung	301
1. Verbot weiteren Vollzuges	301
2. Vollstreckbarkeit	301
3. Kein Verbot einer Anordnung nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO	301
§ 46 Gerichtlich angeordnete Fortdauer der aufschiebenden Wirkung	301
I. Antragstellung	302
1. Antragserfordernis	302
2. Kein behördliches Vorverfahren	303
II. Das gerichtliche Verfahren	303
1. Entscheidungsmaßstab	304
2. Inhalt der Entscheidung	304
§ 47 Herstellung der aufschiebenden Wirkung bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung	305
I. Funktion und Bedeutung	305
II. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	306
1. Statthafter Antrag	306
2. Antragsbefugnis	307
3. Rechtsschutzbedürfnis	307
III. Entscheidungsmaßstab	308
1. Entscheidungszeitpunkt und Ermittlungstiefe	308
2. Materieller Entscheidungsmaßstab	309
IV. Die gerichtliche Entscheidung	312
1. Tenor	312
2. Einstweilige Sicherungsmaßnahmen	312
3. Wirkung	313
V. Faktische Vollziehung	314
1. Funktion und Bedeutung	314
2. Statthafter Antrag	314
3. Maßstab und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	314
§ 48 Gerichtliche Anordnung der sofortigen Vollziehung	315
I. Funktion und Bedeutung	315
II. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	316
1. Statthafter Antrag	316
2. Rechtsschutzbedürfnis	316
III. Entscheidungsmaßstab	317
1. Antrag des begünstigten Adressaten	317
2. Antrag des begünstigten Dritten	318
IV. Die gerichtliche Entscheidung	319
1. Inhalt	319
2. Wirkung	319
§ 49 Sachentscheidung, Kosten und Prozesskostenhilfe	319
I. Die instanzbeendende Entscheidung	320
1. Form	320
2. Hauptsachetenor	320

3. Kostengrundentscheidung	320
4. Streitwertfestsetzung	321
II. Kostenhöhe	322
1. Gerichtskosten	322
2. Rechtsanwaltsgebühren	322
3. Sonstige Kosten	324
III. Prozesskostenhilfe	324
IV. Wirksamwerden der Entscheidung	325
§ 50 Erstattungs- und Ersatzansprüche	325
I. Ersatzansprüche nach Vollziehung eines Verwaltungsakts	325
1. Kein Schadensersatz nach § 945 ZPO oder § 717 Abs. 2 S. 1 ZPO	325
2. Amtshaftungsanspruch	326
3. Enteignungsgleicher/aufopferungsgleicher Eingriff	327
4. Folgenbeseitigungs- und Folgenentschädigungsanspruch	327
II. Ersatzansprüche der Behörde oder eines Dritten nach Vollzugshemmung	328
1. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	328
2. Kein Schadensersatzanspruch der Behörde	328
3. Kein Schadensersatzanspruch des Begünstigten	328

Vierter Teil: Beschwerde und andere Rechtsbehelfe

A. Die Beschwerde	329
§ 51 Die Zulässigkeit der Beschwerde	329
I. Anwendbare Vorschriften	329
1. Die Regelungen des Beschwerdeverfahrens in der VwGO	329
2. Die Sonderregelung des § 146 Abs. 4 VwGO	330
II. Statthaftigkeit der Beschwerde	331
1. Beschwerdefähige Entscheidungen	331
2. Anschlussbeschwerde	332
3. Anfechtbarkeit von Zwischenentscheidungen	332
4. Untätigkeitsbeschwerde	333
III. Beschwerdebefugnis	334
IV. Form und Frist	334
V. Vertretungszwang	335
VI. Begründungsanforderungen nach § 146 Abs. 4 VwGO	335
1. Begründungsfrist	336
2. Bestimmter Antrag	337
3. Beschwerdebegründung	338
VII. Rechtsschutzbedürfnis	341
VIII. Prozesskostenhilfe	342
§ 52 Das gerichtliche Verfahren	343
I. Zuständigkeit	343
II. Verfahrensablauf	343
III. Vorläufige Regelungen	344
§ 53 Die Entscheidung des Beschwerdegerichts	346
I. Form der Entscheidung und Besetzung des Spruchkörpers	346
II. Maßstab der Entscheidung	346
1. Maßgeblicher Zeitpunkt	346
2. Prüfungsumfang	348
III. Inhalt der Entscheidung	350
1. Erfolglose Beschwerde	350
2. Erfolgreiche Beschwerde	350
3. Nebenentscheidungen	352
4. Bekanntgabe und Rechtswirkung	353
5. Abschluss ohne Sachentscheidung	354

B. Das Abänderungs- und Aufhebungsverfahren	355
§ 54 Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO	355
I. Funktion und Bedeutung	356
II. Analoge Anwendung auf Beschlüsse nach § 123 VwGO	356
III. Zulässigkeit	358
1. Statthaftigkeit	358
2. Einleitung von Amts wegen	360
3. Einleitung auf Antrag	361
4. Zuständiges Gericht	364
5. Beteiligte	364
6. Antragsfrist	365
7. Rechtsschutzbedürfnis	366
IV. Das gerichtliche Verfahren	366
V. Die gerichtliche Entscheidung	366
1. Form	366
2. Maßstab	366
3. Inhalt	367
4. Kostenentscheidung	367
5. Kostenhöhe	367
VI. Rechtsmittel	368
§ 55 Anordnung der Klageerhebung	368
I. Das Fristsetzungs- und Aufhebungsverfahren nach § 926 Abs. 1 ZPO	368
1. Rechtsschutzziel	368
2. Das Fristsetzungsverfahren nach § 926 Abs. 1 ZPO	369
3. Das Aufhebungsverfahren nach § 926 Abs. 2 ZPO	370
II. Das Aufhebungsverfahren nach § 939 ZPO	370
C. Außerordentliche Rechtsbehelfe	371
§ 56 Die Anhörungsrüge	371
I. Bedeutung und Funktion	371
II. Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen	372
§ 57 Die Gegenvorstellung	372
I. Außerordentlicher Rechtsbehelf	372
II. Eingeschränkter Anwendungsbereich	373
§ 58 Verfassungsbeschwerde und Eilantrag nach § 32 BVerfGG	374
I. Grundsätze	374
II. Erschöpfung des Rechtswegs	375
III. Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	375
IV. Eilantrag nach § 32 BVerfGG	377
1. Akzessorischer Charakter des Eilantrags	377
2. Zulässigkeit des Eilantrags beim BVerfG	377
3. Begründetheit des Eilantrags beim BVerfG	377

Fünfter Teil: Eilrechtsschutz im Normenkontrollverfahren

§ 59 Die einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren	379
I. Einleitung	380
II. Die Normstruktur des § 47 Abs. 6 VwGO	381
III. Zulässigkeitsvoraussetzungen	382
1. Zuständiges Gericht	382
2. Antrag	382
3. Beteiligte	382
4. Zeitpunkt des Antrags	384
5. Inhalt des Antrags	385
6. Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	386
7. Normenkontrollfähige Rechtsvorschrift	387
8. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	390

IV. Begründetheit des Antrags auf Erlass der einstweiligen Anordnung	391
1. Herkömmliches Prüfungsschema: das Abwägungsmodell	392
2. Die Rechtsprechung des BVerwG zu § 47 Abs. 6 VwGO	394
3. Zur Kritik am Abwägungsmodell	395
4. Folgenabwägung	398
V. Die gerichtliche Entscheidung	399
1. Form der Entscheidung	400
2. Inhalt der Entscheidung	400
3. Wirkung und Dauer der Entscheidung	402
VI. Rechtsmittel	403
VII. Abänderung	403
VIII. Schadensersatz	404
Sechster Teil: Der Eilrechtsschutz in der praktischen Anwendung	
§ 60 Aufenthaltsrecht	405
I. Ablehnung der Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels	405
1. Abgrenzung zwischen § 80 Abs. 5 und § 123 VwGO	405
2. Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung (§ 80 Abs. 5 VwGO)	407
3. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (§ 123 VwGO)	408
II. Ausweisung	409
1. Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO	409
2. Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO	410
3. Einreise- und Aufenthaltsverbot (§ 11 Abs. 1 Alt. 1, Abs. 2 S. 1 AufenthaltG)	412
III. Rechtsstellung des Ausländers während der aufschiebenden Wirkung seines Rechtsbehelfs gegen einen die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts beendenden Verwaltungsakt	413
IV. Abschiebung, Abschiebungsandrohung, Duldung und Rückholung	414
1. Abschiebungsandrohung (§ 59 AufenthG)	414
2. Duldung	416
3. Folgenbeseitigung nach Abschiebung	419
V. Freizügigkeitsrecht EU	421
§ 61 Asylrecht	422
I. Allgemeine verfahrensrechtliche Besonderheiten	423
1. Anwendungsbereich des asylrechtlichen Sonderprozessrechts	423
2. Statthaftes Verfahren und Ausschluss der aufschiebenden Wirkung	423
3. Örtliche Zuständigkeit des Gerichts	424
4. Rechtsschutzbedürfnis	425
5. Originärer Einzelrichter	425
6. Beschwerdeausschluss	425
II. Der vorläufige Rechtsschutz im Einzelnen	426
1. Einfach unbegründeter Asylantrag	426
2. Nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 oder 4 AsylG unzulässiger oder offensichtlich unbegründeter Asylantrag	426
3. Anordnung der Abschiebung in einen Drittstaat oder zuständigen Staat (§ 34a AsylG)	428
4. Erfolgreicher Folgeantrag und Zweitantrag	430
5. Einreise- und Aufenthaltsverbot	433
6. Rücknahme und Widerruf	433
§ 62 Baurecht	434
I. Städtebauliche Planung	434
1. Vorläufiger Rechtsschutz gegenüber einem Bebauungsplan	434
2. Veränderungssperre	437
3. Zurückstellung eines Baugesuchs	439
II. Vorläufiger Rechtsschutz bei Nachbarstreitigkeiten	440
1. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch § 212a Abs. 1 BauGB	440
2. Antrag des Dritten auf behördliches Einschreiten	442
3. Antrag des Dritten auf gerichtliche Anordnung der aufschiebenden Wirkung	443

4. Vorläufiger Rechtsschutz bei genehmigungsfreien Vorhaben	444
5. Vorläufiger Rechtsschutz für die Gemeinde	444
III. Vorläufiger Rechtsschutz bei bauaufsichtsbehördlichen Maßnahmen	445
1. Baueinstellung	445
2. Versiegelung der Baustelle	446
3. Nutzungsuntersagung	447
4. Beseitigungsanordnung	448
§ 63 Planfeststellungsrecht und Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz	449
I. Planfeststellungsrecht	449
1. Einleitung des Verfahrens	450
2. Statthaftigkeit des Antrags	450
3. Antragsbefugnis	451
4. Antrags- und Begründungsfrist	451
5. Begründetheit des Eilantrags	453
6. Geltungsdauer eines stattgebenden Beschlusses	457
II. Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz	457
1. Zulassung (potentiell) UVP-pflichtiger Vorhaben durch Verwaltungsakt	458
2. Zulassung sonstiger Vorhaben	460
3. Bedeutung des UmwRG in der Normenkontrolle	460
§ 64 Umweltrecht	462
I. Bodenschutz- und Altlastenrecht	463
1. Zu den Voraussetzungen einer Drittanfechtung bodenschutzrechtlicher Maßnahmen	464
2. Zum Erfordernis eines Aussetzungsantrages nach §§ 80a Abs. 3 S. 2, 80 Abs. 6 VwGO	464
3. Zu den Auswirkungen des Art. 20a GG auf die Abwägung zwischen Vollzugs- und Verschonungsinteresse	465
4. Zum Begründungserfordernis nach § 80 Abs. 3 VwGO	466
5. Zum Rechtsschutzinteresse	467
6. Zum Umfang der gerichtlichen Sachverhaltsaufklärung in bodenschutzrechtlichen Eilfällen	467
II. Kreislaufwirtschaftsrecht	467
1. Zur Begründung nach § 80 Abs. 3 VwGO	468
2. Zum Prüfungsmaßstab im Verfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO	469
3. Zur Anwendung des § 123 VwGO in abfallrechtlichem Zusammenhang	470
III. Immissionsschutzrecht	470
1. Zum Erfordernis eines Aussetzungsantrags nach §§ 80a Abs. 3 S. 2, 80 Abs. 6 S. 1 VwGO	470
2. Zur Antragsbefugnis	471
3. Zum Begründungserfordernis nach § 80 Abs. 3 VwGO	472
4. Zum Prüfungsmaßstab	472
5. Zum Umfang der gerichtlichen Sachverhaltsaufklärung in immissionsschutzrechtlichen Eilverfahren	473
IV. Wasserrecht	473
V. Naturschutzrecht	474
1. Zum Vollzugsinteresse	475
2. Zur Antragsbefugnis	475
3. Zum Umfang der Sachverhaltsaufklärung	475
§ 65 Beamtenrecht	476
Einleitung	478
I. Sicherung des Anspruchs auf lebenszeitige, amtsangemessene Beschäftigung	478
1. Inhalt	478
2. Zwangsbeurlaubung	479
3. Organisations- und Verwendungsentscheidungen	480
4. Entlassung aus dem Beamtenverhältnis	490
5. Eintritt in den und Hinausschieben des Ruhestands	493
6. Versetzung in den (vorzeitigen) Ruhestand und Teildienstfähigkeit	494
7. Wiederberufung in ein Beamtenverhältnis	499

II. Sicherung des Bewerbungsverfahrensanspruchs	501
1. Inhalt	501
2. Statuskonkurrenz bei Ernennungen	505
3. Dienstpostenkonkurrenz	510
4. Dienstliche Beurteilungen	514
5. Abbruch von Auswahlverfahren	515
6. Ernennungsentscheidung bei Einzelbewerbern	516
III. Fürsorgepflicht des Dienstherrn	517
IV. Amt und Nebentätigkeit	519
1. Zuordnung zum Hauptamt oder Nebentätigkeit	519
2. Regelungen hinsichtlich der Durchführung der Nebentätigkeiten	520
3. Nachamtliches Tätigkeitsverbot	521
V. Eilverfahren betreffend Befugnisse der Personalvertretung	521
§ 66 Bildungsrecht	522
I. Vorläufiger Rechtsschutz bei vorschulischer Bildung und Kindertagesbetreuung	525
1. Ausgestaltung von Rechtsansprüchen	526
2. Vorwegnahme der Hauptsache und Anordnungsgrund	527
3. Kostenersatz für selbstbesorgte Tagesbetreuung	528
4. Aufschiebende Wirkung bei Elternbeiträgen und Kita-Gebühren	529
II. Schulverhältnis und Schulbesuch	531
1. Schulverhältnis und Rechtsschutz	531
2. Schulbetrieb; Pädagogische Ausgestaltung und erzieherische Maßnahmen	537
3. Schulordnungsmaßnahmen	539
4. Schulische Leistungsbewertungen	540
5. Staatliche Schulorganisation	542
III. Hochschulstudium	542
1. Teilhabeanspruch aus Art. 12 Abs. 1 GG und Einschränkungen	542
2. Rechtsschutz bei Zugangs- und Zulassungsentscheidung	544
3. Rechtsschutz bei Zulassungsbeschränkungen	547
4. Exmatrikulation	550
5. Ordnungsmaßnahmen der Hochschule	551
IV. Prüfungsrecht	552
1. Maßstab und Kontrolldichte	552
2. Zulassung zur Prüfung	554
3. Ablauf der Prüfung	557
4. Abbruch der Prüfung	558
5. Abschluss der Prüfung	560
§ 67 Versammlungsrecht	564
I. Zur Bedeutung des einstweiligen Rechtsschutzes im Versammlungsrecht	564
II. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO	565
1. Zulässigkeit eines Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO	565
2. Begründetheit eines Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO	569
III. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	573
1. Statthaftigkeit des Antrags	573
2. Zulässigkeit vorbeugenden Rechtsschutzes	574
3. Begründetheit des Antrags nach § 123 Abs. 1 VwGO	575
IV. Rechtsmittel im Eilverfahren	576
V. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz im Eilverfahren	577
§ 68 Sicherheits- und Ordnungsrecht	579
I. Von Corona bis zu Schützenfesten: Allgemeine Vorbemerkung	579
II. Pandemiebekämpfung und einstweiliger Rechtsschutz	579
1. Zur einstweiligen Anordnung nach § 47 Abs. 6 VwGO im Zusammenhang mit Maßnahmen nach dem IfSG	579
2. Individualrechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO im Zusammenhang mit belastenden Einzelmaßnahmen nach dem IfSG	585
3. Individualrechtsschutz im Übrigen	585
III. Veranstaltungsrecht und einstweiliger Rechtsschutz	586
1. Erscheinungsformen des einstweiligen Rechtsschutzes im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen	586

2. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	586
3. Beurteilungskriterien für Anträge nach § 80 Abs. 5 VwGO	588
Sachverzeichnis	589





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG